



HESSISCHER LANDTAG

12. 10. 2022

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion der SPD
Fraktion der Freien Demokraten
Frauen – Leben – Freiheit**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Derzeit gehen in der Islamischen Republik Iran tausende von Menschen tagtäglich gegen das iranische Regime auf die Straße. Der Landtag bringt seinen Respekt vor dem Mut der Protestierenden zum Ausdruck. Gleichzeitig verurteilt er die gewaltsame Niederschlagung der Proteste durch das Regime und jegliche Menschenrechtsverletzung, die damit einhergeht. Der Landtag teilt die Sorge der in Hessen lebenden Iranerinnen und Iraner um ihr Land und die Menschen im Iran.
2. Der Landtag ist entsetzt über den Tod von Jina Masha Amini, die mutmaßlich von der sogenannten Sittenpolizei ermordet wurde, weil sie gegen die islamische „Kleiderordnung“ verstoßen habe. Der Landtag ist darüber hinaus bestürzt über weitere Vorkommnisse bei denen Frauen und Männer im Iran von der sogenannten Sittenpolizei und Sicherheitskräften angegriffen, verfolgt oder ermordet wurden. Es gibt Hinweise darauf, dass bei den Protesten bereits über 100 Menschen getötet wurden und fast 1000 Menschen verhaftet wurden.
3. Der Mord an Jina Mahsa Amini ist kein Einzelfall, sondern er ist Ausdruck eines Macht-systems, das auf Gewalt gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern und seinen regionalen Nachbarn, aber eben auch besonders auf Erniedrigung und Gewalt gegenüber Frauen basiert. Der Landtag verurteilt diese systematische Unterdrückung von Frauenrechten im Iran. Niemand ist frei in einem Staat, der systematisch Frauenrechte beschränkt, unterdrückt oder gar gewaltsam versucht niederzuschlagen. Frauenrechte sind unumstößliche Menschenrechte.
4. Der Landtag solidarisiert sich mit den Protestierenden im Iran und fordert eine unabhängige Untersuchung der Todesumstände von Jina Masha Amini und den Todesfällen sowie Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang mit den Protesten vor dem UN-Menschenrechtsrat. Der Landtag unterstützt die Landesregierung darin, im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen die Menschenrechtsverletzungen zu protestieren und Forderung nach einer Aufklärung vor dem UN-Menschenrechtsrat zu unterstreichen.
5. Der Landtag begrüßt ausdrücklich die Initiative der Bundesregierung, bei der EU die Verantwortlichen für die Gewalt der iranischen Sicherheitskräfte in das EU-Sanktionsregimes aufzunehmen.

6. Der Landtag begrüßt, dass sich die Innenministerkonferenz mit einem Abschiebestopp in den Iran beschäftigen will. Voraussetzung für einen Abschiebestopp ist eine Aktualisierung der Lagebewertung durch die Bundesregierung. Diese hält der Landtag für notwendig. Auf Grundlage dieser Lagebewertung könnte die Innenministerkonferenz zum Schluss kommen, dass Abschiebungen in den Iran bundesweit ausgesetzt werden. Unabhängig davon werden in Hessen vor der nächsten Innenministerkonferenz zunächst keine Abschiebungen durchgeführt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 12. Oktober 2022

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph

Für die Fraktion
der Freien Demokraten
Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock